

Zentrale Forderungen der niedersächsischen Vereine und Verbände der Migrant*innen für ein zukunftsorientiertes Niedersachsen

Im Jahr 2022 haben bereits ca. 24% der Bevölkerung in Niedersachsen eine Einwanderungsgeschichte¹. Aktuelle Prognosen zum demographischen Wandel belegen, dass sich dieser Anteil in Kürze noch erheblich steigern wird.

Für eine zukunftsorientierte Integrations- und Gleichstellungspolitik in Niedersachsen sind daher tragfähige Konzepte, Strukturen und Ressourcen dringend notwendig.

Wir, die niedersächsischen Migrant*innen-Organisationen, fordern vom neuen niedersächsischen Landtag und der neuen Landesregierung:

Migration und Teilhabe in der Exekutive verankern

Die Politik muss die Tatsache anerkennen, dass Niedersachsen eine Migrationsgesellschaft ist und die Gewährleistung gleichberechtigter Teilhabe aller Menschen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt. Daher muss dieser Themenkomplex auf Landesebene in der Exekutive eigenständig verankert werden.

Deshalb fordern wir die Einrichtung

- eines **Landesministeriums für Teilhabe und Migration**, an dessen Spitze ein*e Minister*in mit Migrationsgeschichte steht

oder

- einer Stelle, die analog der Staatsministerin im Bundeskanzleramt für Migration, Flüchtlinge und Integration, mit eigenem Geschäftsbereich in der Staatskanzlei eingerichtet wird und an deren Spitze ein*e Amtsinhaber*in mit Migrationsgeschichte steht.

Auf diese Weise können die beim Land angesiedelten Integrationsaufgaben sinnvoll gebündelt und mit Hilfe eines entsprechend ausgestalteten Amtes die Kommunikation mit den Migrant*innen sowie ihre Identifikation mit Niedersachsen verbessert werden.

Gesetzliche Grundlage für Integration und Teilhabe schaffen

Seit Jahren wird über Teilhabe und Partizipation gesprochen, jedoch blieb es bislang größtenteils bei Lippenbekenntnissen. Wir wollen endlich Verbindlichkeit!

Wir fordern daher ein **Niedersächsisches Gesetz zu Förderung von Integration und Teilhabe**.

Dieses Gesetzes soll als Grundlage zur Förderung der Teilhabe und Integration sowie der Sicherung und Weiterentwicklung der integrationspolitischen Infrastruktur dienen.

Die Umsetzung dieses Gesetzes soll möglichst zügig von der neuen Landesregierung in Angriff genommen werden.

¹ Datengrundlage: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html>

Rassismus bekämpfen

Zahlreiche Menschen haben tagtäglich damit zu kämpfen, dass sie wegen ihres Namens, ihres Aussehens oder ihres Glaubens anders behandelt werden und Nachteile erfahren – nicht nur durch das Handeln Einzelner, sondern auch durch staatliche Strukturen.

Daher fordern wir die Verabschiedung eines **Landesantidiskriminierungsgesetzes** und die schonungslose Ahndung von rassistischen Verhaltensweisen und Delikten.

Migrant*innenorganisationen nachhaltig fördern

Die Migrant*innenselbstorganisationen in Niedersachsen sind wichtige Akteure im Integrationsprozess und für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Durch ihre Arbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag zu gesellschaftlicher Teilhabe und Integration und tragen darüber hinaus zur Sichtbarkeit von Vielfalt bei. Sie sind die politisch-gesellschaftlichen Stimmen der marginalisierten Gruppen und eröffnen Räume für Empowerment und Teilhabe.

Wir fordern daher die **Strukturförderung** von landesweit agierenden MSOs auszubauen und zu verstetigen und darüber hinaus Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen auch kleinere Migrant*innenvereine mit Personal- und Sachkosten institutionell gefördert werden können. Auf diese Weise werden sie nachhaltig gestärkt für die zunehmend hohen Anforderungen die an sie gestellt werden.

Unterzeichnende Organisationen:

